



Protokollauszug
zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 14.05.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Zweites Konsolidierungs- und
Modernisierungspaket (WIN LB)
- Aussprache zu Schwerpunktthemen:
Hier Elternbeiträge für
Kindertageseinrichtungen
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 116/25

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft EBMin Schmetz Tagesordnungspunkt 1 auf. Sie teilt mit, dass im Herbst ein drittes Sparpaket vorgesehen sei.

EBMin **Schmetz**, der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gehen anhand von Präsentationen, die dieser Niederschrift beiliegen, auf die Vorlage ein. In der heutigen Aussprache solle das Gremium eine Rückmeldung geben. Eine Entscheidung sei in der Gemeinderatssitzung am 25.06.2025 vorgesehen.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Die Kitas sollen analog den Grundschulen kostenfrei sein, wie teilweise in anderen Bundesländern bereits praktiziert, fordert Stadtrat **Medinger**. Die Kitas seien eine essenzielle Bildungseinrichtung. Die Idee seiner Fraktion zu einer Abstufung nach Elterneinkommen werde vermutlich keine Unterstützung im Gremium finden, meint er. Fraktionsintern stehe man noch im Diskussionsprozess.

Stadtrat **Meyer** dankt der Verwaltung und dem Gesamtelternbeirat. Er begrüßt grundsätzlich die Reform, dennoch sieht er die Steigerungen bei den Betreuungsgebühren für Kinder unter drei Jahren als zu hoch an. Er fordert eine Reduzierung der geplanten Erhöhungen auf maximal 10 Prozent und wird hierzu im Nachgang einen Antrag einreichen. Die Betreuung von Kindern über drei Jahren habe auch mit Bildung zu tun und sei deshalb auch eine Landesaufgabe, meint er.

Stadträtin **Moersch** dankt für die gute Vorbereitung und erinnert an ein dramatisches Defizit im Haushalt. Ihre Fraktion habe noch kein einheitliches Meinungsbild und werde bis zur Gemeinderatssitzung noch weitere Diskussionen führen. Eine gewisse Steigerung sei tragbar. Von den Eltern werde teilweise eine

fehlende Verlässlichkeit bemängelt. Die LB-Card müsse mehr beworben werden. Es sei beschämend, dass der Bund nicht mehr unterstütze. Sie regt einen Brandbrief des Oberbürgermeisters an Land und Bund an.

Stadtrat **Gekeler** empfindet die jährlichen Steigerungen von 6 Prozent als unzumutbar. Viele Familien seien jetzt schon an ihren Grenzen. Seine Fraktion werde nicht mitgehen. Grundsätzlich sei er für gebührenfreie Kitas. Er dankt für die Stellungnahme des Gesamtelternbeirats.

Stadträtin **Dötterer** wird der Vorlage nicht zustimmen. Es solle ein sozialverträglicher Weg gefunden und die Familie nicht weiter belastet werden. Die Kommunen müssen klare Forderungen an den Bund richten. Die vorgeschlagene Paketpolitik könne sie nicht mittragen, diese sei unübersichtlich, kritisiert sie. Jedes Thema solle eigenständig beraten und abgestimmt werden.

Stadträtin **Allerborn** lehnt die Anpassungen ab. Trotz der Entlastungen für Geringverdiener durch die LB-Card sieht sie Familien mit mittlerem Einkommen besonders stark belastet. Sie fordert ein weiteres Rabattsystem, um diese Familien zu unterstützen und wird hierzu im Nachgang einen Antrag stellen.

Stadtrat **Taskin** sieht die Erhöhung als zu extrem an. Die Verwaltung solle durch eigene Maßnahmen sparen. Er plädiert dafür, dass das letzte Kindergartenjahr kostenlos ist. Er wird dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass nicht nur nach Einnahmenverbesserungen gesucht werde, auch der Verwaltungsaufbau werde diskutiert.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** fragt nach dem weiteren Vorgehen.

Änderungsanträge können eingebracht werden, merkt EBMin **Schmetz** an. Am 25. Juni soll der Gemeinderat abschließend über das Sparpaket abstimmen. Während des Beratungsverlaufes stellt EBMin Schmetz fest, dass von Stadtrat Meyer, Stadtrat Gekeler und Stadträtin Allerborn Änderungsanträge gestellt und im Nachgang der Sitzung schriftlich eingereicht werden.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** sieht den Kinderschutz als eine Pflichtaufgabe an. Die Umsetzung und Koordination der Schulung von mehr als 650 Personen übernehme die Kinderschutzbeauftragte. Sie eröffnet die Aussprache.

Ludwigsbug setze ein starkes Zeichen für den aktiven Kinder- und Jugendschutz in den städtischen Einrichtungen, lobt Stadträtin **Shoaleh**. Man müsse die Kinder besser vor Gewalt schützen und sichere Orte in Einrichtungen bieten. Kinder, die frühzeitig Schutz, Verlässlichkeit und Aufmerksamkeit erfahren, seien deutlich besser vor Gewalt geschützt. Prävention stärke nicht nur die Kinder, sondern auch die Fachkräfte. Sie dankt allen Beteiligten und fragt, wie Eltern konkret in das Konzept eingebunden werden und bildungsferne Familien erreicht werden können. Weiter will sie wissen, wie sichergestellt werden könne, dass das Konzept langfristig im Alltag gelebt werde. Sie wünscht eine Einsehbarkeit des Konzeptes.

Kinderschutz sei nicht verhandelbar und habe eine große Notwendigkeit, sagt Stadträtin **Bilger**. Man müsse Klarheit in der Finanzierung schaffen. Sie fragt, ob eine zentrale Meldestelle geplant sei. Andere Einrichtungen und Vereine setzen sich ebenso mit diesem Thema auseinander. Hier könnten Kooperationen und Netzwerke geschaffen werden.

Sichere Einrichtungen seien auch für die Eltern wichtig, merkt Stadträtin **Moersch** an und lobt das Konzept und die Kooperation mit Silberdistel. Sie will wissen, wie mit Fragen aus der Elternschaft umgegangen werde. Zudem interessiert sie, ob die freien Träger einbezogen seien.

Die Statistik sei erschreckend, sagt Stadtrat **Gekeler**. Eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche sei wichtig. Er fragt, wie mit einem Verdachtsfall umgegangen werde und nach den Kosten für die weitere Finanzierung. Ihn interessiert der Personalbedarf für Fortbildungen und will wissen, ob dies auch von Ehrenamtlichen übernommen werden könne.

Kinderschutz sei wichtiger denn je, sagt Stadträtin **Dötterer** und dankt für das Konzept.

Stadträtin **Allerborn** sieht die größte Gefährdung im häuslichen Umfeld. Sie fragt nach statistischen Erhebungen in Ludwigsburger Einrichtungen. Sie will wissen, ob es Schnittstellen mit dem Jugendamt gebe und weist auf Überlastungen bei vielen Stellen hin.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass die Finanzierung des Standards und die grundsätzliche Ausstattung gesichert sei. Sie weist darauf hin, dass es zur sexualisierten Gewalt noch weitere Formen von Gewalt, wie Vernachlässigung, Schläge oder verbale Gewalt gebe, die zu berücksichtigen seien. Das Ziel seien gewaltfreie Einrichtungen. Die Einbindung der Eltern sei ein wichtiger Schlüssel. Man

brauche professionelle Schulungen. Das Thema sei sehr komplex. Der Kinderschutzbund biete explizit ein kostenloses Begleitprogramm und Schulungsangebot für die Entwicklung von Kinderschutzkonzepten für Vereine an. Künftig werde bei der Vereinsförderung ein Schutzkonzept als Fördervoraussetzung gewünscht.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** geht auf einen Vorfall in der Vergangenheit ein und fragt, ob das Schutzkonzept ausreiche und man entsprechende Maßnahmen vorhalte. Die Verfahren seien vielschichtig und kompliziert.

Stadtrat **Meyer** geht auf die Rehabilitierung ein. Es sollten möglichst wenig falsche Anschuldigungen geben. Dies sei eine enorme Belastung für die Mitarbeitenden und für die ganze Einrichtung. Der Schutzbedarf der Mitarbeitenden sei ebenso wichtig und die Schutzpflicht des Arbeitgebers müsse hoch angesetzt werden.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein. Die Eltern müssen beteiligt werden, dies sei im Konzept verankert und werde in unterschiedlichen Varianten in den Einrichtungen umgesetzt. Der Elternbeirat sei teilweise früh eingebunden und das Konzept den Eltern in einem Elternabend vorgestellt worden. Zudem gebe es eine App für die Kindergärten. Sexualthemen stellen im Umgang mit bildungsfernen Familien und andere Kulturen eine enorme Herausforderung dar. Die Einrichtungen arbeiten in verschiedenen Formen der Elternarbeit und versuchen spezifisch auf die Eltern und Kulturkreise einzugehen. Langfristig werde man künftig alle zwei Jahre einen pädagogischen Tag etablieren. Die Entwicklung von Formen, Strukturen, Standards und Evaluation seien künftige Themen. Verdachtsfälle müssen sofort an den KVJS, als Aufsichtsbehörde, gemeldet werden. Man unterscheide zwischen einem vagen, begründeten oder erhärteten Verdacht. Zudem gebe es ein Rehabilitationsverfahren. Unrechte Beschuldigungen seien für die Fachkräfte enorm belastend. Eine zentrale unabhängige Anlaufstelle gebe es nicht, wenngleich zahlreiche Flyer in den Einrichtungen ausliegen. Die evangelischen und katholischen Träger haben ihr eigenes unabhängiges Schutzkonzept, wenngleich hierzu ein Austausch über die Standards stattfinde. Die Öffentlichkeit reagiere sensibler auf dieses Thema, dennoch weist Sie auf eine hohe Dunkelziffer hin. Es gebe aktuell massive Anfragen bei den Jugendämtern zu Fällen von vermuteter Gewalt in den Familien. Mit dem Jugendamt gebe es einen Kooperationsvertrag. Mit einem Schutzkonzept könne keine hundertprozentige Gewährleistung vor Gewalt sichergestellt werden. Das Konzept werde nachgereicht.

EBMin **Schmetz** geht auf den Vorfall in der Vergangenheit ein. Die öffentliche Aufmerksamkeit und Reaktion haben den Druck und die Unsicherheit in der Elternschaft und die Emotionalisierung erhöht. Das Team sei komplett unter Druck geraten. Mithilfe des Schutzkonzeptes konnte die Verwaltung professionell reagieren. Ein Vorfall müsse objektiv von Ordnungs- und Aufsichtsbehörden oder unabhängigen Beratungsstellen betrachtet werden. Sie stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** weist darauf hin, dass die vorgestellten Zahlen noch nicht final seien, da unter anderem die Beratungsverfahren zur Inklusion noch nicht abgeschlossen seien. Zudem gebe es noch Zuzüge oder die Schulwegeberatung befinde sich noch im Prozess. Die verbindlichen Zahlen liegen erst ab 15. Oktober vor. Hierzu werde dann eine Infovorlage erstellt. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** fragt nach der Entwicklung an den Gymnasien hinsichtlich G9, vor allem interessieren ihn die räumlichen Überlegungen.

Die Konsequenzen sollen vor den Haushaltsberatungen im Herbst diskutiert werden, fordert Stadtrat **Meyer**. Aufgrund einer Schulraumnot könne es zu Veränderungen kommen.

Stadtrat **Taskin** fragt, ob die Hirschbergschule nur einzügig sei und inwieweit es Planungen zur Weiterentwicklung hin zu einer Realschule gebe.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Das Thema Weiterentwicklung der Hirschbergschule zur Realschule sei für die kommende Sitzung vorgesehen. Die Hirschbergschule sei seit Jahren einzügig. Die Prognosen werden im September/ Oktober vorgestellt. Der Bedarf an der Schubartschule sei seit Jahren im Bestand massiv vorhanden und deshalb bleibe die Priorität bestehen, wenngleich es zu Änderungen der anderen Prioritäten kommen könne. Wie immer sei ein Büro zur Aufarbeitung der Prognosen, aktuellen Geburtenzahlen sowie Zu- und Wegzüge beauftragt. Im September/ Oktober werde hierzu berichtet und entsprechende Empfehlungen vorgestellt. Sie spricht die Priorisierung der baulichen Maßnahmen an, an die sie sich halten wolle.

Nach dieser Aussprache stellt EBMin **Schmetz** die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

Beschlussempfehlung:

1. Der Jahresbericht der interkommunalen Kunstschule Labyrinth wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Anpassung von Gebühren und Honoraren (Anlage 6) sowie der neuen Gebührensatzung (Anlage 7) wird zugestimmt.
3. Dem Haushaltsplan der Kunstschule Labyrinth für das Jahr 2026 entsprechend der Anlage 5 wird – unter Vorbehalt der Genehmigung des Gesamthaushaltsplans 2026 – zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadträtin **Allerborn** geht auf die letzten Haushaltsberatungen und die Streichung von 15.000 Euro für LB-Card Inhaber ein. Sie fragt nach der Entwicklung seit dieser Kürzung bei den Jahreskursen. Zudem spricht sie die Differenz der gestiegenen Teilnehmerbeiträge um 1,50 Euro gegenüber der Erhöhung der Honorare um 1,50 Euro an.

Stadtrat **Medinger** lobt die ausgezeichnete Entwicklung der Kunstschule.

Die Erhöhung der Honorare beziehe sich auf den Stundenlohn und die Erhöhung der Teilnehmerbeträge auf die jeweiligen Kurse, antwortet EBMIn **Schmetz**.

Der **Leiter** der Kunstschule Labyrinth berichtet von einem erfolgreichen Jahr. Die Änderung für die LB-Card Inhaber greife erst im kommenden Schuljahr, somit lägen noch keine empirischen Werte vor. Er weist auf die interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Bietigheim-Bissingen hin. Man bemühe sich das Defizit auszugleichen und wolle die Gebühren und Honorare vertretbar und moderat anpassen. Diese liegen im oberen Mittelfeld im landesweiten Vergleich.

EBMin **Schmetz** lässt nach dieser kurzen Aussprache über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport wird beauftragt, einen Förderantrag im Rahmen des Programms Quartiersimpulse des Landes Baden-Württemberg zu stellen, um eine zweijährige Projektförderung in Kooperation mit dem zivilgesellschaftlichen Partner Nachbarnetz e.V. zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** fragt nach dem zu erwarteten Mehrwert. Im Stadtgebiet gebe es bereits zahlreiche Beratungsstellen.

Auch die Fraktion um Stadtrat **Prof. von Stackelberg** tut sich schwer. Der Stadtteil sei kein sozialer Brennpunkt und bedarf keiner zusätzlichen Unterstützung. Er plädiert für Eigeninitiativen. Zudem fragt er, warum eine externe Beratung notwendig sei. Im Sinne von WIN LB werden viele Projekt gestrichen, gibt er zu bedenken. Viele andere soziale Projekte seien ebenso unterstützungswürdig.

Stadtrat **Meyer** sieht hierin ein Modellprojekt, welches sinnvoll und notwendig sei. In den letzten Jahren konnten Strukturen entwickelt werden, welche in andere Bereiche übertragen werden sollen. Auch für Senioren müssen Angebote gemacht werden. Die Einsamkeit bei diesem Personenkreis sei nicht zu unterschätzen. Er wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Moersch** wird der Vorlage ebenso zustimmen. Die Initiative sei großartig und eine wichtige Anlaufstelle sowie Treffpunkt. Es gehe um Familien- und Migrantenintegration sowie ältere Menschen, Altersarmut und Einsamkeit. Die Förderung des Landes solle unbedingt beantragt werden. Die weitere Finanzierung müsse jedoch noch geklärt werden. Sie dankt den Ehrenamtlichen, die sich für die Quartiere einsetzen.

Stadträtin **Shoaleh** teilt mit, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, wenngleich die Thematik Altersarmut und Einsamkeit gesehen werde, jedoch nicht an diesem Standort. Sie befürchtet, dass die gewünschte Zielgruppe an dieser Verortung nicht erreicht werde. Einsamkeit gebe es in vielen Stadtteilen.

EBMin **Schmetz** verweist auf den Sozialdatenatlas. Statistisch gesehen habe die Oststadt dieselben Herausforderungen und Prägung des Sozialindikators wie

Eglosheim, Grünbühl und die Innenstadt. Man dürfe die Armutsthematik im Stadtteil nicht unterschätzen und müsse eine große Aufmerksamkeit auf das soziale Leben legen und frühzeitig handeln. Durch das Nachbarnetzwerk habe man bereits gute Erfahrungen gemacht. Das Angebot des Nachbarnetzwerkes könne von allen Bevölkerungsschichten genutzt werden. Die Verortung sei richtig und notwendig. Man versuche eine gute Durchmischung zu erreichen.

Die Beauftragung eines externen Beratungsbüros sei eine Fördervoraussetzung, fügt die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport hinzu. Man habe mit dem Institut bereits gute Erfahrungen gemacht. Sie erwarte einen interessanten Mix einer neuen Zielgruppe. Bisher sei das Nachbarnetz eher auf Senioren ausgelegt gewesen. Künftig wolle man im Quartier eine erweiterte Zielgruppe mit Alteingesessenen, Neuzugezogenen, Familien, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Mieterinnen und Mieter von preisgedämpftem Wohnraum sowie Eigentümerinnen und Eigentümer erreichen. Die Fördermittel sollen in generationenübergreifende Projekte einfließen.

EBMin **Schmetz** lässt nach dieser Aussprache über die Vorlage abstimmen.

TOP 6

Förderung Katholische Kirche – Mittagstisch Eglosheim

Vorl.Nr. 114/25

Beschluss:

1. Die Katholische Kirche erhält ab 2026 eine finanzielle Förderung in Höhe von 10.000 Euro/Jahr für die Durchführung des Mittagstisches im Bürgertreff in Eglosheim.
2. Der Mittagstisch im Stadtteilzentrum Eglosheim wird ab 2026 in Eigenregie der Stadt durchgeführt. Das Angebot der Katholischen Kirche entfällt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Geänderter Beschluss:

1. Der Bildungs- und Sozialausschuss stimmt der konzeptionellen Weiterentwicklung des Fonds Jugend, Bildung, Zukunft zu. Hierzu gehören folgende Kernpunkte:
 - a. Die Ziele: Chancengerechtigkeit, Teilhabe, sozialer Zusammenhalt werden um die Ziele: Nachhaltigkeit und Inklusion erweitert.
 - b. Der Kreis der Antragsberechtigten wird um die Schulkindbetreuung erweitert.
 - c. Der Bildungs- und Sozialausschuss beschließt künftig über die Mittelverwendung beim Fonds ab einer Höhe von über **3.000** ~~5.000~~€. Bis zu einem Betrag von **3.000** ~~5.000~~€ entscheidet die Geschäftsstelle des Fonds Jugend, Bildung, Zukunft.
 - d. Die Honorare werden auf maximal 45,-€ festgelegt.
2. Der anhängenden Konzeption des Fonds Jugend, Bildung, Zukunft wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung informiert über die neue Werbelinie und die angedachten Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** dankt für die Vorlage und freut sich, dass der Fonds nicht in einem Spenden-/ Sponsoringkonzept aufgehe, sondern weiter seine Ziele, zusätzlich notwendige Bildungsangebote und Teilhabe für Kinder, verfolge. Hierfür seien die Spenden, welche teilweise noch vorhanden sind, akquiriert worden. Die Scheu der Antragstellenden vor politischen Gremien könne er nicht nachvollziehen. Seit Corona habe es leider kaum Anträge von Schulen und Kitas gegeben. Früher habe es tolle Projekte gegeben. Der Name Jugend, Bildung, Zukunft sei für ihn immer noch aktuell. Persönlich hätte er Nachhaltigkeit und Inklusion nicht gebraucht. Viele Jugendliche haben Panik vor der Zukunft, auch geprägt durch Social Media. Er regt Projekte im Umgang mit Konflikten, Mobbing und Social Media oder Reanimationskurse an. Man müsse klare Signale an die Schulen und Kitas geben. Er wird der Vorlage zustimmen und ist froh, wenn der Fonds in der Stadtgesellschaft wieder einen anderen Stellenwert erhalte und besser bekannt werde.

Stadträtin **Moersch** blickt auf die letzten 20 Jahre zurück und merkt an, dass der Fonds Wirkung erzielt und viel erreicht habe. Sie dankt den Spendenden und Sponsoren, die sichtbar gemacht werden müssten. Die Entscheidung des Bildungs- und Sozialausschusses solle weiterhin bei einem Fördervolumen von 2.000 Euro bleiben, so ihr Änderungsantrag.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** lobt das gute Konzept und stimmt der Vorlage zu. Er schlägt die Änderung der Bemessungsgrenze auf 3.000 Euro vor. Der Bildungs- und Sozialausschuss solle weiterhin beteiligt und informiert werden. Er fragt, warum man für die Öffentlichkeitsarbeit eine externe Beratung brauche.

Der Prozess, mit langer Vorlaufzeit und Sitzungsvorlage sowie die Präsentation im Gremium sei ein Hemmnis, sagt EBMIn **Schmetz**, vor allem bei kurzfristigen Antragstellungen. Eine externe Beratung sei notwendig und wertvoll gewesen. Man wolle den außerunterrichtlichen und erzieherischen Auftrag der Schulen unterstützen.

Stadtrat **Meyer** wünscht eine halbjährliche Übersicht als Information über die von der Verwaltung genehmigten Projekte. Die Ergebnisse sollen auch auf andere Schulen reproduzierbar sein.

Stadträtin **Moersch** geht mit der Änderung auf 3.000 Euro und einer regelmäßigen halbjährlichen Information mit. Letzteres müsse nicht in den Beschluss aufgenommen werden.

EBMin **Schmetz** formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt und lässt darüber abstimmen. Die halbjährliche Information werde in einer einfachen Tabellenform erfolgen.

Beschluss:

1. Die Zuwendung an die Bürgerstiftung Ludwigsburg in Höhe von 50.000 EUR (eingegangen am 18.03.2025) wird angenommen.
2. Die Zuwendung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH in Höhe von 3.873,40 EUR (eingegangen am 23.12.2024) wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** spricht ihren Dank an die Spendenden aus. Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt sie über die Vorlage abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.